

Antrag auf Mitgliedschaft

Die Ziele der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Brandenburg finde ich gut. Deshalb werde ich Mitglied der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Brandenburg. Die Mitgliedschaft ist auch parteilos und kostenlos möglich.

Name:

Vorname:

PLZ, Ort:

Straße:

Telefon:

E-Mail:

Kreisverband:

Parteimitglied: ja ☐ nein ☐

Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Brandenburg oder die Partei verlassen oder sollten sich die oben genannten Angaben ändern, werde ich den SprecherInnen-Rat in Kenntnis setzen.

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur bis zum Widerruf der Einwilligung verwendet.

Datum und Unterschrift

DIE LINKE. BRANDENBURG
Alleestraße 3
14469 Potsdam

Telefon: 0331-20009-0
Fax: 0331 20009-10
Mail: lagsb@dielinke-brandenburg.de
Web: lag-sb.dielinke-brandenburg.de



**Landesarbeitsgemeinschaft
Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Brandenburg**

Unser Motto:

Vollständige Umsetzung der UN-Konvention
für Rechte von Menschen mit Behinderung
für die volle gesellschaftliche Teilhabe

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G

Anliegen und Ziele

Menschen mit Behinderung haben, wie jeder andere Mensch ein Anspruch auf eine wirkungsvolle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das ist ein Menschenrecht.

Dieses Menschenrecht ist in der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-BRK) dokumentiert. Die Bundesrepublik Deutschland hat diese erste Menschenrechtskonvention des 21. Jahrhunderts unterschrieben. Am 4. Dezember 2008 ratifizierte der Deutsche Bundestag die UN-BRK, das heißt, der Deutsche Bundestag hat die UN-BRK zum Gesetz erklärt. Am 26. März 2009 ist die UN-BRK in Deutschland in Kraft getreten.

Seitdem gilt es die UN-BRK mit Leben zu erfüllen. In der LINKEN bedeutet das politische Teilhabe für alle, auch für Menschen mit Behinderungen. Wir müssen Barrieren abbauen und dürfen keine neuen entstehen lassen.

Ohne Barrieren können alle aktiv am politischen Geschehen teilnehmen und sich einbringen. Wir wollen die UN-BRK stärker in der LINKEN bekannt machen, die behindertenpolitischen Forderungen von Partei und Fraktionen aktiv mitgestalten und zugleich in der Behindertenbewegung verbreiten.

Barrierefreie Internetseiten, Gebärdensprache und Schriftdolmetschung, Blindenschrift, Leichte Sprache müssen in der LINKEN zur Selbstverständlichkeit werden. Dazu gehört auch, dass Publikationen (Zeitungen, Flyer u.a.) in barrierefreier Schrift und in Leichter Sprache zur Verfügung stehen.

Die Umsetzung der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung ist ein Menschenrecht und selbstverständlich!

Innerparteiliche Forderungen

Grundlagen für die Umsetzung der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung bzw. der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Partei DIE LINKEN sind, dass:

- die UN-BRK eine Menschenrechtskonvention ist,
- der Parteivorstand sich zur Umsetzung der UN-BRK bekennt,
- alle Kreisverbände des Landesverbandes Brandenburg sich zur Umsetzung der UN-BRK bekennen.

Konkrete Forderungen zur Umsetzung der UN-BRK:

- Umsetzung des Konzepts zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen der Partei DIE LINKE.
- Einen Landesbeauftragten der Partei für Selbstbestimmte Behindertenpolitik
- Barrierefreies Internet mit der Leichten Sprache
- Informationen in Leichter Sprache
- Einhaltung der Mindestbeschäftigungsquote in Partei und den Fraktionen
- Barrierefreie Partei- und Fraktionsbüros
- Menschen mit Behinderung als Mandatsträger*innen zu gewinnen, um deren Bedürfnisse besser zu realisieren zu können.

Soziales Brandenburg.
DIE LINKE.

Gesellschaftliche Forderungen

Prüfung auf Vereinbarkeit mit der UN-BRK

Alle Bundes- und Landesgesetze müssen auf Vereinbarkeit mit der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderungen geprüft werden.

Einheitliche Definition von Behinderung

In allen Gesetzen muss eine einheitliche und eindeutige Definition von Behinderung entsprechend der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung berücksichtigt sein.

Barrierefreiheit

Vergabe von öffentlichen Mitteln muss konsequent an die Barrierefreiheit geknüpft werden, in allen Gebäuden und Verkehrsräumen.

Mobilität

Gewährleistung eines vollständigen und bedingungslosen barrierefreien ÖPNV, auch im ländlichen Raum.

Aufbau und Unterhalt eines regelhaft öffentlichen Fahrdienstes, insbesondere im ländlichen Raum.

Ziel muss es sein, älteren Menschen und Menschen mit Behinderung die Möglichkeit zu geben am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben zu lassen.

